



**Technische
Universität
Braunschweig**

Nr. 1087

AStA (30 Exemplare)
Abt. 11 (10 Exemplare)
GB 1 (18 Exemplare)
Aushang in den Geschäftsräumen des AStA

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technische Universität
Braunschweig

Redaktion:
Geschäftsbereich 1
Spielmannstraße 12 a
38106 Braunschweig
Tel. +49 (0) 531 391-4306
Fax +49 (0) 531 391-4340

Datum: 14.12.2015

Änderung der Vorläufigen Wahlordnung für die Wahlen zum Studierendenparlament, zu den Fachschaftsräten und zu den Fachgruppenräten der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig

Hiermit wird die vom Studierendenparlament in seinen Sitzungen am 23. November 2015 und 07. Dezember 2015 beschlossene neunte Änderungsordnung zur Vorläufigen Wahlordnung für die Wahlen zum Studierendenparlament, zu den Fachschaftsräten und zu den Fachgruppenräten der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Die Änderungen treten nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung am 15.12.2015 in Kraft.

Neunte Änderungsordnung zur Vorläufigen Wahlordnung für die Wahlen zum Studierendenparlament, zu den Fachschaftsräten und zu den Fachgruppenräten der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig

23.11. und 07.12.2015

Abschnitt I

Die vorläufige Wahlordnung für die Wahlen zum Studierendenparlament, zu den Fachschaftsräten und zu den Fachgruppenräten der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig wird auf Grund der Beschlüsse des Studierendenparlaments vom 23.11. und 07.12.2015 wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der vorläufigen Wahlordnung wird das Wort „vorläufige“ ersatzlos gestrichen.
2. Die Einleitung entfällt.
3. In § 1 Absatz 4 wird „Fkultätsräten“ durch „Fakultätsräten“ und „Kommission für Frauenförderung und Gleichstellung“ durch „Kommission für Gleichstellung“ ersetzt.
4. In § 6 Absatz 5 Satz 4 werden die Worte „im Ausweis für Studierende“ durch „in der Immatrikulationsbescheinigung“ ersetzt.
5. In § 7 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „siebenten“ durch „vierzehnten“ ersetzt.
6. In § 7 wird Absatz 3 wie folgt neu gefasst:

(3) Über die nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis kann die Wahlleitung den betreffenden Wahlberechtigten einen Wahlschein erteilen, wenn das für den Nachweis der Wahlberechtigung bei der Abstimmung zweckmäßig ist. Der Wahlschein muss die Gruppe und die Fakultät sowie alle übrigen Angaben des Wählerverzeichnisses über die beziehungsweise den Wahlberechtigten enthalten.

7. § 8 erhält folgende neu Fassung:

§ 8 Nachweis der Wahlberechtigung

(1) Der Nachweis der Wahlberechtigung erfolgt durch den vom Immatrikulationsamt zur Verfügung gestellten elektronischen Studierendenausweis, die TUCard.

(2) Für die Beantragung der Briefwahl steht den Studierenden im QIS-Portal der TU Braunschweig ein Antragsformular als online-Service zur Verfügung.

8. § 9 wird um folgenden Absatz 4 ergänzt:

(4) Alle wahlberechtigten Studierenden der TU Braunschweig sollen am Tag nach Veröffentlichung der Wahlausschreibung durch den ÜGWA über die Wahlausschreibung persönlich informiert werden. Über den Inhalt im Einzelnen und über die Art und Weise der Übermittlung dieser Information entscheidet der ÜGWA.

9. § 13 wird wie folgt geändert:

- a. Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- aa. Satz 1 erhält nachfolgende Fassung

Spätestens eine Woche vor dem Wahltermin ist eine Wahlbekanntmachung vom ÜGWA öffentlich bekannt zu machen.

- bb. Es wird folgender Satz 2 eingefügt:

Erfolgt die Bekanntmachung durch Aushang (§22), so darf der Aushang erst nach Ablauf der für die Durchführung der Wahl festgesetzten Zeit enden.

- cc. Die bisherigen Sätze 2-4 werden nunmehr Sätze 3-5.

- b. Es wird folgender Absatz 3 angefügt:

(3) Alle wahlberechtigten Studierenden der TU Braunschweig sollen am Tag nach Veröffentlichung der Wahlbekanntmachung eine Wahlinformation durch den ÜGWA erhalten.

Die Wahlinformation soll mindestens enthalten:

- a) Einen Hinweis auf die Unterlagen, die für die Ausübung des Wahlrechts in das Wahllokal mitzubringen sind.
- b) Einen Hinweis auf das Recht, Briefwahl zu beantragen. Ebenso soll über die Frist, innerhalb derer Briefwahl beantragt werden kann sowie auf das Antragsformular für die Beantragung von Briefwahlunterlagen im QIS-Portal aufmerksam gemacht werden.
- c) Die Aufforderung zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis sowie Hinweise zur Einspruchsmöglichkeit hinsichtlich des aktiven Wahlrechts, auf die Einspruchsfrist und die Einspruchsstelle.

Über weitere Inhalte und die Art und Weise der Übermittlung dieser Wahlinformation entscheidet der ÜGWA.

10. § 16 wird wie folgt geändert:

- a. Absatz 4 erhält nachfolgende Fassung:

(4) Vor Ausgabe der Stimmzettel haben die Aufsichtsführenden die Wahlberechtigung zu prüfen. Dies geschieht in der Regel durch die Vorlage der TUCard. Die Ausübung des Wahlrechts wird in einem Auszug aus dem Wählerverzeichnis in elektronischer Form vermerkt. Erfolgt der Nachweis der Wahlberechtigung durch die Vorlage eines Wahlscheins (§ 17a), so ist dieser zu den Wahlunterlagen zu nehmen. Auf Verlangen der Aufsichtsführenden haben sich die Wahlberechtigten durch einen amtlichen Lichtbildausweis auszuweisen.

- b. Absatz 5 wird gestrichen.

- c. Der bisherige Absatz 6 wird nunmehr Absatz 5.

11. § 17 wird wie folgt geändert:

- a. In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Worte „auf dem von der Wahlleitung vorgeschriebenen Antragsformular“ ergänzt.

- b. In Absatz 1 wird Satz 3 gestrichen.

- c. Absatz 6 wird gestrichen.

12. Es wird folgender § 17a eingefügt:

§ 17a Erteilung eines Wahlscheins

(1) Die Wahlleitung kann bestimmen, dass auf der Grundlage des Wählerverzeichnisses alle Wahlberechtigten Studierenden oder auch einzelne Wahlberechtigte Studierende einen Wahlschein zum unmittelbaren Nachweis der Wahlberechtigung erhalten. In der Wahlbekanntmachung sind die besonderen Regelungen für die Erteilung eines Wahlscheins durch Hinweis auf diese Bestimmungen, die in einer Anlage abzudrucken sind, mitzuteilen. Die Eintragungen im Wählerverzeichnis müssen eine fortlaufende Nummerierung erhalten, die in den ausgegebenen Wahlscheinen eingetragen wird. Im Übrigen gilt § 7 Abs. 3 Satz 2.

(2) Der Verlust eines Wahlscheins ist der Wahlleitung anzuzeigen. Ein Zweitwahlschein darf ausgestellt werden, wenn die oder der Wahlberechtigte schriftlich erklärt, dass sie oder er den Wahlschein nicht erhalten hat oder dass dieser ihr oder ihm abhandengekommen ist und dass sie oder er das Wahlrecht noch nicht ausgeübt hat. Werden abhandengekommene Wahlscheine wieder aufgefunden, so sind sie bei der Wahlleitung abzugeben.

13. § 18 wird wie folgt geändert:

a. Es wird folgender neuer Absatz 1 eingefügt:

(1) Die Auszählung der Stimmen ist hochschulöffentlich.

b. Der bisherige Absatz 1 wird nunmehr Absatz 2. Dieser wird wie folgt geändert:

aa. In Satz 2 werden die Worte "vorhandenen Wahlberechtigungsscheine zu vergleichen." durch "Stimmabgaben zu vergleichen, die in einer Ausfertigung oder in einem Auszug des Wählerverzeichnisses, gegebenenfalls auch in elektronischer Form, vermerkt sind oder mit der Anzahl der einbehaltenen Wahlscheine." ersetzt.

bb. In Satz 3 wird „vorliegenden Wahlberechtigungsscheine“ durch "Zahl der vermerkten Stimmabgaben oder Anzahl der einbehaltenen Wahlscheine" ersetzt.

c. Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden nunmehr Absätze 3 und 4.

d. Der bisherige Absatz 4 wird nunmehr Absatz 5. Darin wird das Wort "Wahlberechtigungsscheine" durch "Wahlscheine" ersetzt.

14. § 19 wird wie folgt geändert:

In Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „die einzelnen Wahlvorschläge“ durch die Worte „den einzelnen Listenwahlvorschlag“, die Zahlen „0,7; 1,5; 2,5; 3,5 usw.“ durch die Zahlen „1, 3, 5...“ ersetzt und das Wort „modifiziertes“ in der Klammer gestrichen.

15. In § 21 Absatz 3 wird „Wahlberechtigungsscheine“ durch „Wahlscheine“ ersetzt. Des Weiteren werden nach dem Wort Wahlunterlagen die Worte „und Nachweise über die Ausübung des Wahlrechts“ eingefügt.

16. An § 22 erhält folgende Überschrift:

a. „Fristen und öffentliche Wahlbekanntmachungen.

b. § 22 wird um folgende Absätze 2-4 ergänzt:

(2) Öffentliche Bekanntmachungen des ÜGWA oder der Wahlleitung erfolgen in der Regel durch Aushang an einer zentralen Aushangstelle im Forumsgebäude. Der ÜGWA kann darüber hinaus weitere Aushangstellen oder eine Veröffentlichung auf den Internetseiten des AStA und /oder des Wahlamts festlegen.

(3) Bei Aushang gilt die öffentliche Bekanntmachung mit Ablauf des Tages als bewirkt, an dem der Aushang an der zentralen Aushangstelle erfolgt ist. Beginnend mit diesem Zeitpunkt soll ein vorgeschriebener Aushang mindestens eine Woche dauern. Wenn in der Bekanntmachung Einspruchs-, Vorschlags- oder andere Fristen enthalten sind, darf der Aushang nicht vor Ablauf dieser Fristen beendet werden. Kurze Unterbrechungen des Aushangs, die nicht durch Wahlorgane veranlasst werden, sind bei der Berechnung des Aushangzeitraums nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit ein Bekanntmachungstext außerhalb der zentralen Aushangstelle ausgehängt wird, ist es ohne Einfluss auf die Wirksamkeit der öffentlichen Bekanntmachung, wenn dieser Aushang fehlerhaft ist oder unterlassen wird.

Abschnitt II

Die vorstehende neunte Änderungsordnung der „Vorläufigen Wahlordnung für die Wahlen zum Studierendenparlament, zu den Fachschaftsräten und zu den Fachgruppenräten der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig“ tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.